

Dokumentiert: Unser Antrag anlässlich der geplanten Hochschulreform in NRW zur Sitzung der Juso-Hochschulgruppe am Sonntag, den 17. November 2013 um 13:30 Uhr im SPD-Parteihaus Köln, Magnusstraße 18b

Eckpunkte für eine allgemeinwohlorientierte Hochschul- und Wissenschaftspolitik

Hochschulen im Umbruch

Bundesweit wächst das Engagement von Hochschulmitgliedern für eine Neubestimmung der Bedeutung der Hochschulen für die Gesellschaft. Angesichts der sich weiter zuspitzenden sozialen und wirtschaftlichen Krise wird das gesellschaftliche Erfordernis einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung, die zu einer friedlichen, demokratischen, sozialen Entwicklung der Welt sowie zur Bildung mündiger Persönlichkeiten beiträgt, immer unumgänglicher.

Schäden, die notwendig zu heilen sind

Das wachsende Engagement für eine solche Entwicklung ist die offensive solidarische Reaktion auf das Desaster neoliberal deformierter Hochschulen. Unter privatwirtschaftlicher Vorherrschaft ist in den letzten zehn Jahren von interessierter Seite die Bestrebung forciert worden, die Hochschulen zu Fabriken von AbsolventInnen und „Innovationen“ für Arbeitgeberinteressen zu instrumentalisieren, während die Orientierung am allgemeinen Wohl in Bildung und Wissenschaft zurückgedrängt wurde.

Diese Orientierung wurde auf Bundesebene insbesondere 1997 mit Jürgen Rüttgers "Hochschulen für das 21. Jahrhundert" eingeleitet – unter den Stichworten: mehr Autonomie, mehr Leistung, mehr Wettbewerb.

Die Hochschulgesetzgebung wurde demnach in NRW von Andreas Pinkwart am Leitbild der „Unternehmerischen Hochschule“ ausgerichtet, demokratische Mitbestimmung durch Managementstrukturen ersetzt, Studiengebühren eingeführt sowie die Unterfinanzierung und Abhängigkeit der Hochschulen von zusätzlichen Drittmiteleinwerbungen verschärft. Diese neokonservative Konter-Reform hat allerdings eine lebendige Opposition in den Hochschulen erfahren, die letztlich auch deren Überwindung eingeleitet hat. Auf dieser Grundlage ist die Fehlorientierung der Wissenschaftspolitik nun grundsätzlich durch eine Neuorientierung an den gesellschaftlichen Erfordernissen zu überwinden.

Wenn es gelingt, die Hochschulen als demokratische Stätten der wissenschaftlichen Bildung und Weiterbildung und der sozial verantwortlichen Forschung zu rekonstruieren, sind sie ein unschätzbare Beitrag für die Humanisierung der Lebensverhältnisse.

Was tun?

Sechs Schritte für eine allgemeinwohlorientierte Wissenschaftspolitik

- I. Das Hochschulgesetz für die nordrhein-westfälischen Hochschulen muss mit dem Ziel einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung und der Bildung mündiger Menschen grundlegend überarbeitet werden. Zukünftig sollte anstatt der Standortkonkurrenz und damit der BWL als Leitwissenschaft die Friedensforschung – also die Ergründung der Voraussetzungen und Bedingungen für die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen aller – übergreifend leitendes Ziel werden.
- II. Die Zahl der Studienplätze muss ausgebaut werden; die sozialen Bedingungen der Studierenden und HochschulmitarbeiterInnen sind zu verbessern (durch den Ausbau des Studierendenwerks, ein bedarfsgerechtes elternunabhängiges BAföG, die Abschaffung prekärer und befristeter Arbeitsverhältnisse von MitarbeiterInnen).
- III. Eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen sollte zügig beginnen, damit durch die Hochschulmitglieder die Bevölkerung tendenziell mehr Einfluss auf die inhaltliche Orientierung von Bildung und Wissenschaft bekommt und der Einfluss der Arbeitgeberseite zurückgedrängt wird. Dies bedeutet insbesondere: Abschaffung der Hochschulräte, Aufwertung der Rechte der gewählten Gremien und der dezentralen Wissenschaftseinheiten in einer föderativen Kooperationsstruktur, paritätische Besetzung der Gremien sowie das politische Mandat für die Verfasste Studierendenschaft.
- IV. Die staatliche Hochschulsteuerung muss auf betriebswirtschaftliche und wettbewerbsfördernde Mechanismen (Leistungsorientierte Mittelverteilung und Besoldung, Ziel- und Leistungsvereinbarungen etc.) verzichten, weil diese die Hochschulen in eine falsche Richtung (ökonomischer und quantifizierbarer Output statt humanistische, soziale Qualität) drängen.
- V. Die strengen Vorgaben des Bologna-Prozesses müssen im Hochschulgesetz und durch Initiativen auf der Ebene der Kultusminister überwunden werden. Der Leitgedanke sollte hierbei die Bildung mündiger Menschen sein und nicht Kostenreduktion, Kontrolle, die flexible Einsetzbarkeit der AbsolventInnen auf dem Arbeitsmarkt oder die Trennung in Masse und Elite. Der Master als Regelabschluss und die Beseitigung aller Restriktionen (Fristen-/Wiederholungsregelungen, Zwangsexmatrikulationen, Modularisierung etc.) sind dafür mindestens erforderlich.
- VI. Für all dies müssen die Hochschulen bedarfsgerecht öffentlich finanziert werden. Dies gilt insbesondere, weil die Abhängigkeit von Drittmitteln mit marktförmigen Antragsverfahren sowie die Prekarität nahezu aller Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen die Beschäftigten in Angst und Verunsicherung halten und die Wissenschaften einem Opportunitätsdruck aussetzen, der gesellschaftlich verantwortliche Forschung und Lehre erheblich beeinträchtigt.

Eine staatliche Wissenschaftspolitik auf Höhe der Zeit muss also einen wirksamen Beitrag dazu leisten, eine humanistische Neuorientierung der Hochschulen für eine solidarische Gesellschaft zu fördern.